

Januar 2015

CVP POST

Werden Sie
Mitglied
www.cvp-bs.ch
und bewegen
Sie ein Stück
Basel!

Die CVP-Post ist das Parteiblatt der CVP Basel-Stadt und erscheint mehrmals jährlich. In der CVP-Post werden Sie über politisch aktuelle Themen informiert, Protagonisten schreiben Ihre Sicht der Dinge zu einem Standpunkt und Sie werden über kommende Anlässe orientiert.

Wenn Sie Fragen, Anregungen oder gar Themenvorschläge zur CVP-Post haben, so freuen wir uns auf Ihr Feedback an sekretariat@cvp-bs.ch.

Und jetzt wünschen wir Ihnen eine spannende und interessante Lektüre!

JA ZUM – ZENTRUM FÜR ZAHNMEDIZIN

Am 8. März 2015 stimmen wir über das Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel ab. Der Grosse Rat hatte am 17. September 2014 der Gesetzesvorlage zugestimmt, welche es dem Kanton ermöglicht, die Schul- und Volkszahnkliniken mit den Universitären Zahnkliniken unter einem selbständigen Dach, jedoch im Eigentum des Kantons zusammenzuführen. Die Gegner haben gegen das Vorhaben das Referendum ergriffen.

Die Weiterentwicklung und Stärkung der Zahnmedizin ist für mich auch eine familiär bedingte Herzensangelegenheit. Mein Grossvater war praktizierender Zahnarzt. Noch gut habe ich in Erinnerung, wie er uns Enkeln immer wieder anschaulich demonstriert hat, wie wichtig es ist, gut für die eigenen Zähne zu sorgen. Die Verbundenheit mit der Zahnmedizin gab er seinen Kindern mit, von denen sich die meisten beruflich auch wieder in der Zahnmedizin betätigten.

Aus der Schulzeit sind mir die Erinnerungen an die Schulzahnklinik geblieben. An die alljährlichen Reihenuntersuchungen in den Bussen der Schulzahnklinik. Die ängstliche Hoffnung, dass sie keine Löcher finden mögen, begleitete uns Schülerinnen und Schüler zum Zahnbus. Dieser Gang ist auch heute noch fixer Bestandteil des Schuljahres und wird es, auch nach der Zusammenführung der zahnmedizinischen Kliniken zum Universitären Zentrum für Zahnmedizin Basel (UZB), auch bleiben.

Was mich an der Vorlage «UZB» von Beginn weg begeisterte, ist das Zukunftspotenzial, das in diesem Projekt steckt. Wir führen

nicht einfach zwei zahnmedizinische Institutionen zusammen, sondern stärken die Patientenversorgung für alle Patientinnen und Patienten, auch die wirtschaftlich schwächeren, indem wir sie ganz nah an die zahnmedizinischen Innovationen der Universität heranführen. Auch die Weiterentwicklung der ohnehin schon kindergerechten Behandlungsmethoden in der Zahnmedizin sowie die Vertiefung der Bemühungen in der Prophylaxe werden wichtige Schwerpunkte des UZB. Wie sinnvoll und effektiv diese Kombination und Nähe zwischen universitärer Forschung und Praxis ist, erleben wir sowohl am Universitätsspital als auch am Universitätskinderspital. Diesen Mehrwert wollen wir im UZB allen Patientinnen und Patienten, den Jüngsten wie den Ältesten, zur Verfügung stellen. Für die sozial Schwächeren weiterhin zum gesetzlich festgelegten Sozialtarif.

Das neue Zentrum soll auf dem Rosental-Areal im Gebiet Mattenstrasse/Maulbeerstrasse neu gebaut werden. Ein Neubau ist auch aus der Perspektive der Steuerzahlenden sinnvoll: Die bestehenden Infrastrukturen der Zahnkliniken des Kantons und der Universität sind in die Jahre gekommen und weisen einen hohen Sanierungsbedarf aus. Es käme teurer zu stehen, wenn Kanton und Universität in der Zahnmedizin getrennte Wege gehen und je für sich alleine investieren würden.

Ein JA zum Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin entspricht somit auch meinem Wahlversprechen, dass die Gesundheitsversorgung erschwinglich bleiben muss. Man darf mich beim Wort nehmen.

Dr. Lukas Engelberger,
Vorsteher des Gesundheitsdepartements

JA ZUR FAMILIENINITIATIVE

Unter dem Titel «Familieninitiative» wurde in letzter Zeit so einiges vorgelegt, was diesen Namen nicht verdient. Es ist also nötig, genau hinzuschauen. Titel, so hat die Erfahrung der letzten Zeit gezeigt, sind Schall und Rauch, aber leider reichen sie häufig aus, den Stimmbürger zu überzeugen. Aber lassen wir das: die Familieninitiative der CVP ist eine solche.

Die Initiative verlangt die folgende Änderung der Bundesverfassung (Art. 116 Abs. 2 zweiter Satz):

Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei.

Was bedeutet dies nun? Im Bereich der unteren Einkommen wirken sich die Zulagen steuerlich wenig aus, weil viele Familien ohnehin steuerbegünstigt sind. Bei den hohen Einkommen wiederum wirken sich die Zulagen ebenfalls nicht gross aus, weil genug Geld vorhanden ist. Betroffen sind aber die mittleren Einkom-

men, Familien also, die gerade nicht unter Begünstigungen fallen, aber dennoch nicht so viel verdienen, dass sie problemlos über die Runden kommen würden. Für sie sind Kinder- und Ausbildungszulagen essenziell.

Wer Kinder betreut und nicht einfach sehr gut verdient, steht unter hohem Druck. Es ist zum einen die Erziehung der Kinder an sich, die viel abverlangt, die Anwesenheit bei Anlässen, die verlangte Unterstützung aller möglichen Unterfangen von Kindergarten und Schule. Bei mehreren Kindern ist schon diese Erwartungshaltung der Instanzen eine enorme physische Belastung. Vor allem, wenn beide Eltern berufstätig sind. Und das sind sie häufig, weil es finanziell anders einfach nicht geht.

In dieser Situation sind Kinder- und Ausbildungszulagen willkommen, geben etwas mehr Luft. Gerade bei der mittleren Einkommensklassen können diese Zulagen aber, werden sie als Einkommen erfasst, zu einer höheren Progression führen. Das

kann im dümmsten Fall dazu führen, dass die Zulagen sich selber auffressen. Auf jeden Fall aber können sie niemals im Umfang, wie zugesprochen, genutzt werden. Und das kann ja nicht der Sinn von Kinder- und Ausbildungszulagen sein. Die Linke bekämpft die Initiative der CVP mit dem Argument, sie sei ein Steuergeschenk an Wohlhabende. Das sieht so, wer nur die untersten Einkommen im Blick hat und alle andern Familien als vermögend bezeichnet. Richtig ist aber, dass gerade auch Familien mit mittleren Einkommen Entlastung brauchen. Sie fallen durch die Maschen, werden weder von den Sozialwerken unterstützt noch verdienen sie in einem Masse, welches ihnen ein sorgenfreies Leben ermöglichen würde. Um diese Familien geht es der CVP, und für sie setzen wir uns ein. Ein Ja zur Familieninitiative ist ein Ja für den Mittelstand. Legen Sie also ein klares Ja in die Urne – vielen Dank!

Andrea Strahm,
Präsidentin CVP Basel-Stadt

Anzeige

CVP – saag's deheim.

Die CVP ist an der MUBA. Stand B197.

**Kommen Sie mit Kind und Kegel vorbei.
Wir freuen uns auf Sie.**

6.2 bis 15.2.2015

Mo-Fr 11.00-20.00h, Sa und So 10.00-18.00h

Markus Lehmann

**ist am Samstag den
14.2.2015 von 14.00-18.30h
für Sie da!**

www.cvp-bs.ch



Energie- statt Mehrwertsteuer

Energiewende und Förderung alternativer Energien sind in aller Munde und finden eine breite Zustimmung in der Politik sowie in der Bevölkerung. Es ist ein erklärtes Ziel des Bundesrates die erneuerbaren Energieträger zu fördern und die Emission von Treibhausgasen und anderen Schadstoffen zu reduzieren. Dass hier ein Umdenken in der Bevölkerung und in der Wirtschaft zum Teil schon stattgefunden hat, aber noch weiter stattfinden muss, ist unbestritten.

Die Initiative der Grünliberalen Partei verlangt die Einführung einer Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern wie Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran. Die steuerliche Mehrbelastung soll durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer kompensiert werden. Deshalb würde beim Wechsel von der Mehrwert- zur Energiesteuer eine feste Steuerquote in entsprechender Höhe festgelegt. Diese Steuerquote basiert auf den Mehrwertsteuereinnahmen und dem Bruttoinlandprodukt der letzten fünf Jahre vor dem Wechsel. Gemäss Initiative wird dann der Steuersatz periodisch unter Berücksichtigung des zu erzielenden Steuerertrages und dem prognostizierten inländischen Verbrauch an nicht erneuerbarer Primärenergie festgelegt.

Es stellt sich hier die Frage, ob diese Kopplung mit der Mehrwertsteuer tatsächlich Sinn macht. Es wäre doch sinnvoller, die Besteuerung der Schadenverursacher so zu wählen, dass die Steuereinnahmen dem «gesellschaftlichen Schaden» der Emissionen entsprechen und nicht den Einnahmen der Mehrwertsteuer. Dieser «gesellschaftlicher Schaden» kann zum Beispiel mit dem Standard-Preis-Ansatz beziffert werden. Man würde eine Energieverbrauchsgrenze festlegen und erhöht dann die Energiesteuer bis die Verbrauchsgrenze erreicht wird. Die Lenkung der Bevölkerung und der Unternehmen sollte doch bei einer Energiesteuer im Vordergrund stehen und nicht das Generieren von weiteren Staatseinnahmen bzw. das Ersetzen der Mehrwertsteuer.

Was hätte eine Annahme dieser Initiative für Auswirkungen und Konsequenzen?

Die Mehrwertsteuer ist die Haupteinnahmequelle des Bundes. Sie wird unter anderem auch für die Finanzierung der Sozialversicherungen immer wichtiger. Die als Lenkungssteuer zweckgebundene Energiesteuer hätte also eine immense finanz- und wirtschaftspolitische Aufgabe. Sehr hohe Energiesteuersätze, die das energie- und klimapolitisch begründbare bei weitem übersteigen, wären unumgänglich. Der Energiepolitik käme eine Bedeutung zu, welche in keinem Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Relevanz steht.

Des Weiteren ist zu beachten, dass die Energiesteuersätze, um die benötigten Fiskaleinnahmen des Bundes sicherzustellen, ständig weiter erhöht werden müssten, sobald die Lenkungswirkung eintreten würde und die Haushalte und Unternehmen weniger nicht erneuerbare Energie verbrauchten.

Eine Annahme dieser Initiative hätte enorme negative Auswirkungen für Haushalte mit geringem Einkommen, Unternehmen mit hohem Energieverbrauch und dadurch auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Starke Preiserhöhungen bei Strom, Benzin etc. beeinflussen das Budget von Haushalten mit niedrigem Einkommen stärker als von Haushalten mit hohem Einkommen. Dies ist zwar bei der Mehrwertsteuer anteilmässig auch der Fall, aber in geringerem Ausmass. Unternehmen in Bereichen mit hohem Energieverbrauch hätten durch die höheren Kosten einen Wettbewerbsnachteil gegenüber ausländischen Anbietern. Zudem ist zu erwähnen, dass die Mehrwertsteuer aussenhandelsneutral ist. Dies wäre mit Annahme der Initiative nicht mehr der Fall, da für jedes Produkt berechnet werden müsste, wie viel «graue» Energie darin steckt. Die «graue» Energie von Importgütern zu besteuern wäre zudem nicht WTO-konform.

Die Initiative führt auch zu ungleichen Auswirkungen in Bezug auf städtische und ländliche Gebiete. Ländliche Gebiete, insbesondere Tourismusgebiete wären stärker betroffen. Ländliche Gebiete beherbergen deutlich mehr produzierende Industrie als städtische Gebiete und die produzierende Industrie wäre am stärksten betroffen, da hier der Energieverbrauch am grössten ist. Der Tourismus profitiert heute von einem geringeren Mehrwertsteuersatz für Hotels und Restaurants. Dieser Vorteil würde mit der Energiesteuer entfallen.

Es wird oft argumentiert, dass die Mehrwertsteuer einen grossen administrativen Aufwand erzeugt. Ich denke aber, dass eine vernünftige Umsetzung einer Energiesteuer keine Reduktion dieses Aufwandes ermöglicht.

Abschliessend ist festzuhalten, dass die Initiative über das Ziel hinausschiesst und uns vor viele politische, gesellschaftliche und ökonomische Probleme stellen würde. Dies hätte eine langwierige und teure Umsetzung zur Folge. Deshalb lehne ich diese Initiative ab.



Benjamin Achermann,
Vorstand Junge CVP BS

DIE JUNGE CVP LANCIERT DIE ZWEIRADINITIATIVE!

Am Samstag, den 24. Januar hat die Junge CVP Basel-Stadt zusammen mit den anderen bürgerlichen Jungparteien die Zweiradinitiative lanciert. Das Anliegen ist sehr simpel und bereits länger ein Anliegen der Jungpartei: Wir wollen keine Parkgebühren für Roller. Dass es soweit kommen musste, dass wir eine Volksinitiative lancieren mussten, ist zum grossen Teil die Schuld der Regierung und des Grossen Rates.

Die Idee der Parkgebühren für Zweiräder rührt von einem linken Vorstoss, der im Grossen Rat (mehrmals!) durchkam. Die Regierung setzte das Vorhaben bewusst nicht mit einem Gesetz sondern nur mit einer Verordnung um. Eine Verordnung ist nicht referendumsfähig und so waren wir machtlos.

Begründet werden die Parkgebühren mit dem vom Volk beschlossenen Gegenvorschlag zur Städteinitiative, der eine Reduktion von 10% für den motorisierten Individualverkehr vorsieht. Da Motorräder und Roller einen äusserst kleinen Anteil am Gesamtverkehr haben, werden sich die Rollerparkgebühren kaum positiv auf den Verkehr auswirken – im Gegenteil: Da es in der Innenstadt nur noch erlaubt ist, auf den Parkfeldern zu parkieren wird es viel mehr Suchverkehr geben, denn die Anzahl der gezeichneten Parkplätze ist viel zu klein.

Ebenfalls sehr stossend ist die einseitige Belastung der jungen Bevölkerung. Die Universität und weitere ihr angeschlossene Bildungseinrichtungen und Fakultäten (Musikakademie, Universitätsbibliothek, Biozentrum usw.) liegen allesamt im Innenstadtpereimeter – so dass gerade Stu-

dierende besonders geschöpft werden mit Gebühren, die pro Jahr schnell über 1'000 Franken betragen können.

Und das Pünktchen auf dem i ist, dass die Verhängung der Gebühren für den Kanton auch noch ein Verlustgeschäft ist. Die Bewirtschaftung der Parkfelder (Parkuhren kontrollieren und leeren) sowie das Verhängen von Bussen für falsch parkierte Roller, wird deutlich mehr Kosten verursachen, als durch die Gebühren eingenommen werden kann.

Die Parkgebühren sind also ein Verlustgeschäft, das die Bevölkerung ärgert. Aus diesen Gründen hat die Junge CVP Basel-Stadt zusammen mit den anderen bürgerlichen Jungparteien diese Initiative lanciert, damit das Volk entscheiden kann. Ich bitte Sie, den beiliegenden Unterschriftsbogen zu unterzeichnen und zu retournieren. Weitere Unterschriftsbögen können beim Vorstand der Jungen CVP BS oder im Sekretariat bezogen werden. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Patrick Huber
Präsident Junge CVP BS

Persönlich

Die CVP Basel-Stadt gratuliert folgenden Mitgliedern und Sympathisanten zum runden Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft:

Dezember

- 10. Elio Tomasetti (70)
- 13. Verena Berger-Bürki (60)
- 15. Jens van der Meer (40)
- 18. Trudi Fasana-Schraner (80)
- 22. Michael Bangert (55)

Januar

- 01. Alfred Bischof (70)
- 05. Theodor Doppler (80)
- 06. Ruedi Fringeli (75)
- 08. Verena Herde-Spitznagel (75)
- 12. Suzanne Stoll (60)
- 15. Niklaus C. Comunetti (75)
- 27. Georg Born-Stutz (80)
- 28. Christoph Münch (30)

Veranstaltungen im 2015

Mittwoch 28. Januar
Filmvorführung «Neuland»

Dienstag 3. Februar
Parteiversammlung mit
Parolenfassung

Freitag 6. Februar
Start Muba

Samstag 7. Februar
Tag der Frau «Globale Überbevölkerung: Chance-Fluch-Prüfung-Qual?»

Freitag 13. März
Generalversammlung der Sektion
Grossbasel West